

KURZ UND PRÄGNANT

Endlich umsteuern gegen Altersarmut

Zu Meldungen, dass von den 25.000 Nutzern der Tafeln in Thüringen jeder Dritte Rentnerin oder Rentner ist, sagte MdL Karola Stange: „Es ist gut, dass die Tafeln bedürftigen Menschen Lebensmittel zur Verfügung stellen. Allerdings ist erschreckend, dass so viele regelmäßig die Lebensmittelspenden in Anspruch nehmen müssen. Dass immer mehr ältere Bürgerinnen und Bürger darunter sind, hängt häufig mit gebrochenen Erwerbsbiografien und der Zahlung von Niedriglohn zusammen. Immer noch offen sind die Überführungslücken in der Rentenüberleitung. So für Menschen, die in der DDR im Gesundheitswesen tätig waren oder Familienangehörige gepflegt haben, für Bergleute in der Braunkohleveredlung der DDR, Land- und Forstwirte, Handwerker und andere Selbstständige sowie deren mithelfende Familienangehörige. Offen auch, wann die in der DDR geschiedenen Frauen eine angemessene Rente erhalten.“ Die Abgeordnete fordert die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent, eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro sowie eine zeitnahe Ost-West-Rentenangleichung ohne die Höherwertung der Beiträge Ost abzusenken. ■

Hoffnung im Kali-Altlastenstreit

Der Umweltpolitiker der Linksfraktion Tilo Kummer begrüßte die vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Weimar beschlossene Beiladung des Bundes im Streit zwischen dem Land sowie dem Unternehmen K+S um die weitere Finanzierung der Sanierung des Kalialtbergbaus. In einem Generalvertrag zwischen Bund und Land war 1999 die Finanzierung der Altlastensanierung geregelt worden. Dabei übernahm die Thüringer Landesregierung Verpflichtungen der Treuhand, die sich aus dem Kalifusionsvertrag ergaben, gegen eine Einmalzahlung des Bundes. Die damals ersichtlichen Sanierungsaufgaben sollten bis 2017 erledigt sein. „Wir wissen inzwischen, dass in den nächsten Jahrzehnten noch Sanierungsarbeiten erforderlich sind und sich die Kosten mehr als verdoppeln können. Nach Offenlegung der dem Landtag viele Jahre nur ausschnittsweise bekannten Verträge ist außerdem festzustellen, dass die Treuhand und die damalige Landesregierung K+S weit über das übliche Maß hinaus freistellten. Das gilt sogar für Altlasten, die Unternehmen vor 1945 verursachten, deren Rechtsnachfolgerin die K+S Kali GmbH ist“, so der Abgeordnete

Sinnesbehindertengesetz mit Gehörlosengeld

MdL Karola Stange: Die Menschen haben das Recht auf eine barrierefreie Kommunikation

Das von der Landesregierung vorgelegte Sinnesbehindertengesetz wurde am 13. Dezember in erster Lesung debattiert. „Der Nachteilsausgleich für Gehörlose ist nach der Einführung des Landesblindengeldes im Jahr 2016 ein weiterer wichtiger Schritt zu besserer Teilhabe für Menschen mit Behinderung. „Rückwirkend zum 1. Juli 2017 werden Gehörlose in Thüringen 100 Euro monatlich erhalten“, so die behindertenpolitische Sprecherin, Karola Stange.

„Heute erleben wir im Thüringer Landtag eine Premiere - dass eine Debatte in Gebärdensprache übersetzt wird“, so begann die Abgeordnete der Linksfraktion ihre Rede. Allerdings sei es zu wünschen, dass „dies zu einer Selbstverständlichkeit wird. Menschen haben das Recht, eine barrierefreie Kommunikation zu erleben - nicht nur, wenn es darum geht, ein Gehörlosengeld auf den Weg zu bringen, sondern immer und zu allen Themen hier im Landtag“, sagte Karola Stange.

Ihr war es wichtig, gerade auch mit Blick auf die am Tag zuvor auf Antrag der CDU-Fraktion stattgefundene Sondersitzung zu unterstreichen: „Wir als LINKE und als rot-rot-grüne Koalition liefern. Wir werden am Ende der Wahlperiode nicht mit leeren Händen dastehen, sondern wir werden das, was im Koalitionsvertrag formuliert ist, umgesetzt haben. Sozialpolitik ist ein wichtiges Thema. Hiermit haben wir den zweiten Schritt geschafft, aus einem verstaubten Blindengeldgesetz, welches wir im Jahr 2014 von den Vorgängerregierungen übernommen haben,

ein modernes Sinnesbehindertengesetz zu machen und es auf den Weg zu bringen.“ Karola Stange sagte es deutlich: „2014 haben wir in Thüringen im Bundesvergleich die rote Laterne gehalten, was die Höhe des Blindengeldes anbelangt. Das Thema eines Taubblinden- sowie eines Gehörlosengeldes war mit Ihnen als Regierungsfraktion der CDU nie zu diskutieren. Und, Herr Zippel (CDU-Abgeordneter, d.R.), ja, es ist eine Sozialleistung, und, ja, eine Sozialleistung - das sage ich auch - darf

Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Wir als LINKE sind glücklich darüber, dass wir rückwirkend zum 1. Juli 2017 nun auch das Gehörlosengeld für die betroffenen Thüringerinnen und Thüringer auf den Weg bringen, damit diese ihre Anträge stellen können.“

Die SPD-Abgeordnete Birgit Pelke verwies auf den Bedarf für an Gehörlose angepasste Geräte wie Rauchmelder sowie unterstützende Personen wie Gebärdendolmetscher. „Wir wollen



nie von der Kassenlage eines Landes oder eines Staates abhängig sein. Denn, Sie wissen es auch: Im Grundgesetz, Artikel 3 Abs. 1 und 2 ist eindeutig formuliert: 'Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden' und: 'Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich'. Dieses setzen wir auch in Thüringen um. Wir reißen uns ein in die Riege der Länder, die bereits ein Gehörlosengeld auf den Weg gebracht haben. Es sind Berlin, Brandenburg,

nicht, dass finanzielle Mehraufwendungen für gehörlose Menschen zu einem Ausschlussgrund im öffentlichen Leben führen. Wir sind froh, dass nun nach der Erhöhung des Blindengeldes und dem Nachteilsausgleich für Taubblinde auch gehörlose Menschen erstmals einen Nachteilsausgleich in Thüringen erhalten werden“, so Babett Pfefferlein, Grüne-Fraktion.

Foto: Peter Lahn ■

„Lasst uns gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft streiten“

„Wir brauchen euren solidarischen Druck, damit wir die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen politisch gestalten können“, so Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, in seinem Grußwort an die 5. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Hessen-Thüringen am 9. Dezember, an der er teilgenommen hatte.

Dabei hatte er den Kolleginnen und Kollegen solidarische Grüße der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE übermittelt und in einem kurzen Rückblick zur Regierungs- und Koalitionsarbeit gesprochen: „Seit drei Jahren regiert in Thüringen Rot-Rot-Grün. Auch wenn nicht alle Blütenräume gereift und manche Schritte noch zu gehen sind, so haben wir doch wesentliche Vorhaben umgesetzt, die langjährige gewerkschaftliche Forderungen waren: Thüringen hat endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz. Zum 1. Januar 2018 kommt das gebührenfreie Kindergartenjahr, zugleich verbessern wir

schrittweise den Betreuungsschlüssel, um auch die Qualität der Betreuung weiter zu erhöhen. Bis 2019 werden in Thüringen mehr als 3.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch bei der Polizei werden wir bald mehr neue Kolleginnen und Kollegen begrüßen dürfen. Die Ausrüstung der Polizistinnen und Polizisten ist deutlich besser als vor unserem Regierungsantritt.“

Auch über die aktuelle Situation verlor Rainer Kräuter einige Worte: „Aktuell verhandeln wir mit unseren Koalitionspartnerinnen über ein neues Personalvertretungsgesetz und über ein Tariftrue- und Vergabegesetz, welches seinen Namen auch verdient. Für uns als LINKE bedeutet dies insbesondere, dass in allen Branchen, wo es keine entsprechenden tariflichen Vereinbarungen gibt, ein vergabespezifischer Mindestlohn greifen muss, der sich an der untersten Entgeltgruppe des öffentlichen Dienstes orientiert, damit über 10 Euro brutto liegt und dynamisch fortgeschrieben wird. Zudem

stehen wir Tag für Tag an der Seite der Kolleginnen und Kollegen und unterstützen aktiv auch aus dem Parlament heraus ihre Arbeitskämpfe. Ob das Siemens-Generatorenwerk Erfurt oder Coca-Cola Weimar (um nur zwei aktuelle Beispiele zu nennen) - wir stehen zusammen mit unserem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow an der Seite der Belegschaften, kämpfen für die Werkstandorte und vor allem die betroffenen Arbeitsplätze. Als demokratisch-sozialistische Partei wissen wir, auf welcher Seite wir im Kapitalismus zu stehen haben.“

DIE LINKE Thüringen sagt klar: Eigentum verpflichtet! Deshalb muss es großen Unternehmen und Konzernen verboten werden, bei steigenden Milliardengewinnen zugleich hunderte oder tausende Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Abschließend rief Rainer Kräuter die Kolleginnen und Kollegen der Bezirkskonferenz auf: „Lasst uns gemeinsam für eine solidarischere Gesellschaft streiten!“ ■